

Stellungnahme zur Wohnungslosenpolitik in Köln

Von Anne Rossenbach

17. September 2021, 10:39

Die Zahl der Wohnungslosen ist innerhalb eines Jahres um 1000 auf inzwischen mehr als 7000 Menschen angewachsen. Die Verelendung der Betroffenen wird zunehmend öffentlich sichtbar. Daher fordern Monika Kleine, Vorstand des SkF e.V. Köln und Markus Peter, Vorstand des SKM, dass die Wohnungslosenpolitik im Kompetenzbereich von Oberbürgermeisterin Reker angesiedelt wird, um eine ämterübergreifende Planung und Koordination zu sichern:

Erklärung zur Wohnungslosenpolitik

Obdachlosigkeit und prekäre Lebenslagen, die unter dem Begriff Wohnungslosigkeit zusammengefasst werden, sind deutlich im Kölner Stadtbild und insbesondere in der Innenstadt sichtbar. Gemeinsam ist den verschiedenen Zielgruppen eine zunehmende Verwahrlosung. Auch die Mitarbeitenden in unseren Diensten und Einrichtungen vor Ort sehen einen Zuwachs von Menschen mit größer werdendem Hilfebedarf im öffentlichen Raum. Gleichzeitig wachsen offenkundig auch Belastungen für einzelne Stadtteile und Quartiere; es haben sich verschiedene Bürgerinitiativen und Zusammenschlüsse gegründet, um auf Probleme aufmerksam zu machen.

Als Träger der Wohnungslosenhilfe in Köln gilt unser erstes und besonderes Augenmerk schnellen, existentiellen Hilfen für Menschen in Not und der nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebenslagen. Die Stadt Köln verfügt über ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Regelangebot an Hilfen, das in der Vergangenheit immer in der Lage war, mit neuen Ansätzen neue Notlagen in Bearbeitung zu bringen.

Das Gesehenwerden, Dazugehörigfühlen und an der Gesellschaft-Teilhaben sind wesentliche Ziele unserer Hilfen. Wir wissen, dass dies nur durch gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung zu erreichen ist. Hohe Belastungen zersetzen dieses in Köln eigentlich starke Fundament und sorgen für Ausgrenzung der notleidenden Menschen. Deshalb treten wir als Träger für kreative, agile, ämterübergreifende Lösungen ein, die Interessen ausgleichen. Wir setzen insbesondere auf Verantwortungspartnerschaften, die verschiedene städtische und staatliche Behörden, aber auch Anwohner/innen und Geschäftsleute einbindet. Soziale Arbeit alleine kann keine hochkomplexen Probleme im öffentlichen Raum lösen.

Wir sind überzeugt, dass es in dieser Zeit notwendig ist, dass die Stadtspitze und parteiübergreifend die Politik eine abgestimmte, dezernats- wie ämterübergreifende, weitere Akteure einbindende Initiative pro Stadtteil/Quartier, starten. Die Stränge müssen auf Stadtebene zügig gebündelt und mit hoher Priorität versehen werden.

Deshalb schlagen wir das Modell der OB-Kompetenzübertragung vor, das sich in der Flüchtlingshilfe 2015 als sehr erfolgreich erwiesen hat.

Monika Kleine, Vorstand des SkF e.V. Köln

Markus Peters, SKM Köln